

Liebe Leserinnen und Leser,



es war ein langer Weg vom ersten FRANKFURT magazin im März 1987 bis heute. Immerhin durfte ich in diesen fast 15 Jahren für rund 130 Ausgaben unseres Magazins redaktionell verantwortlich zeichnen. Wir alle, Redaktion, Mitarbeiter, Grafik und Druckerei haben uns große Mühe gegeben, Ihnen immer wieder um-

fangreiche Informationen zur Frankfurter Kommunalpolitik - und oft auch darüberhinaus - zu vermitteln.

Mit dem 1. Januar 2002 habe ich nun die CDU-Fraktion verlassen, um als Geschäftsbereichsleiter der Lokalen Nahverkehrs Gesellschaft Frankfurt am Main GmbH (LNG) zu wirken. Ich bedanke mich bei Ihnen für das mir in den vergangenen Jahren entgegenbrachte Vertrauen und die konstruktive Kritik, die immer wieder zur Verbesserung des Magazins geäußert wurde.

Mein Nachfolger als Pressesprecher der Fraktion, Alexander Zell, wird in Zukunft die Redaktion des Magazins übernehmen und gemeinsam mit Kreisgeschäftsführer Thomas Feda dafür Sorge zu tragen, dass Sie auch in Zukunft regelmäßig über die politischen Themen in der Stadt und über die Ereignisse in Fraktion und Partei informiert werden.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Dr. Johannes Theißen

welche Grundschule sie ihre Kinder schicken wollen, ist zu vergrößern. Hella Welker stellt einen Antrag, der diese Verbesserungen vorschlägt.

Wagenmangel bei U-Bahnen

(15/136) Fahrgäste beschwerten sich, daß in Spitzenzeiten viele U-Bahn-Wagen überfüllt seien. Anne Bender, Helmut Heuser, Herbert Kasper und Thomas Rätzke fragen den Magistrat nach den Ursachen.

Leistungsverbesserung bei der Straßenreinigung

(15/127) Stadtverordneter Markus Frank macht in seinem Antrag deutlich, dass die Gebührenbelastung der Bürger bei der Straßenreinigung so gering wie möglich gehalten werden sollte. Kostensenkende Potentiale in der Erbringung einer guten Straßenreinigungsleistung werden noch nicht ausgeschöpft. Der

Magistrat wird deshalb aufgefordert, die Reinigungsleistung zu überwachen und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung zu erarbeiten.

Impressum:

Herausgeber:
CDU Frankfurt
Kreisverband und
Stadtverordnetenfraktion.
Kreisverband:
Eschenheimer Anlage 19
60318 Frankfurt am Main
Telefon (069) 153099-0
Fax (069) 153099-20
Fraktion:
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main
Telefon (069) 1387280
Fax (069) 291355
Text und Redaktion:
Thomas Feda und
Alexander Zell
Druck: Kristandt KG Frankfurt
Auflage: 5.000
Redaktionsschluß: 12.02.2002
Redaktionsschluß für die nächste
Ausgabe: 22.03.2002

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Die Redaktion behält es sich vor, Leserbriefe sinnwährend zu kürzen.

Frankfurt

magazin

Nr. 34 Februar 2002



Wahlkampfauftakt Signal von Frankfurt: CDU und CSU setzen auf Sieg

In dieser Ausgabe:

Aus der Frankfurter CDU:
- Wahlkampfauftakt mit Edmund Stoiber
- Frankfurter im Bundestag
- Pressearbeit der CDU
- CDU-Nachrichten
- Termine

Aus der Fraktion:
- Flughafenusbau
- Frankfurter Zentrum
- Fraktionsnachrichten
- Pressearbeit der Fraktion
- Anträge und Anfragen der Fraktion

CDU Frankfurt, Eschenheimer Anlage 19, 60318 Frankfurt am Main
PVSt, Dt. Post AG, "Entgelt bezahlt", D 45614

CDU





Wahlkampfauftakt Signal von Frankfurt: CDU und CSU setzen auf Sieg

Unter dem Motto "Gemeinsam mehr aus Deutschland machen" fand am Donnerstag, 31. Januar in Frankfurt die erste Großveranstaltung der CDU mit Kanzlerkandidat Edmund Stoiber statt. 4000 Menschen, die teils von weither angereist waren, jubelten dem bayerischen Ministerpräsidenten in dem Frankfurter Congress-Center begeistert zu.

In der Begrüßung stellte Oberbürgermeisterin Petra Roth fest: "Deutschland braucht Edmund Stoiber und wir wollen auch Sie. Allerdings brauchen Sie auch uns, weil mir gemeinsam mit Ihnen die Union zur stärksten Kraft in Deutschland machen werden."

Der Kanzlerkandidat forderte die Unionsparteien in seiner 70-minütigen Rede auf, "geschlossen und entschlossen" für den Sieg bei der bevorstehenden Bundestagswahl zu kämpfen. "Rot-Grün hat abgewirtschaftet", rief der Kanzlerkandidat unter tosendem Beifall in den Saal "Harmonie".

Folgende drei Punkte hat der Kanzlerkandidat von CDU und CSU in seiner ersten Erklärung als wichtigste Perspektiven für Wohlstand und soziale Sicherheit genannt:

■ Deutschland braucht eine echte Politik für Arbeitsplätze, Wohlstand und Wachstum für alle Bürgerinnen und Bürger des ganzen Landes. Deutschland ist durch eine falsche Politik in einem wirtschaftlichen Abstieg mit dem geringsten Wachstum in Europa und mit vier Millionen Arbeitslosen. Viele Existenzen und Arbeitsplätze sind gefährdet und Deutschlands Rang als führende Industrienation wird auf das Spiel gesetzt.

■ Ich will dafür kämpfen und arbeiten, dass auf den Sozialstaat Deutschland alte Menschen, kranke und pflegebedürftige Menschen wieder vertrauen können und dass die soziale Balance zwischen Jung und Alt hält. Die Rentenkassen sind so leer wie nie zuvor, explodierende Gesundheitskosten gefährden den guten gesundheitspolitischen Standard in Deutschland.

■ Weil wir nur gemeinsam in Deutschland Wohlstand, soziale und innere Sicherheit haben werden, will

ich alles daran setzen, dass die neuen Länder nicht weiter abgehängt werden, sondern aufholen können. Die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern haben in den letzten elf Jahren einen unglaublichen Neuanfang geschafft. Trotzdem drohen die neuen Länder durch eine falsche politische Weichenstellung, den Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung zu verlieren, statt aufzuholen.

Bedauerlicherweise hat die Frankfurter CDU lediglich 60 Karten für die von der Bundesgeschäftsstelle organisierte Veranstaltung zugeteilt bekommen. 40 Karten wurden von diesem Kontingent an die Stadtbezirksverbände weitergegeben. Die restlichen Karten wurden im gewählten Kreisvorstand verteilt. Die große Nachfrage nach Karten - sowohl von Mitgliedern als auch Nichtmitgliedern - konnte leider aufgrund der geringen Kapazitäten im Saal nicht annähernd befriedigt werden. Das Fassungsvermögen des Saales mit den Nebenräumen betrug ca. 3500 Personen.

Merkel schimpft über den Kuhhandel mit der Bundesregierung Vor dem Wirtschaftsrat der CDU liest die frühere Kanzlerkandidatin den Unternehmen die Leviten

Nun wäre es ja doch interessant zu wissen, ob Edmund Stoiber das auch geschafft hätte. Sicher, der gegenwärtige Kanzlerkandidat hätte ebenso wie die frühere Kanzlerkandidatin die verlorenen Jahre unter Rot-Grün wortreich zu beklagen gewußt. Und auch er hätte sicherlich am Tag der Verkündung der neuen Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit das Zitat Gerhard Schröders (SPD) hervorgekramt, wonach dieser nicht wiedergewählt werden will, wenn die Arbeitslosigkeit nicht unter 3,5 Millionen fällt.

Aber ob auch er geschafft hätte, vor den Mitgliedern des hessischen Landesverbands des Wirtschaftsrats der CDU einerseits den Unternehmen die Leviten zu lesen, andererseits immer und immer wieder Beifall zu bekommen, der jeweils mehr als nur höflich war? Angela Merkel hat es gestern hinbekommen, und sie hat sich dabei nicht einmal angestrengt. Natürlich weiß die Bundesvorsitzende der CDU, was vor allem die mittelständischen Unternehmer in diesem Verein hören wollen; sie beklagt die Überregulierung der Wirtschaft, wirft der Regierung vor, bei der Steuerreform die großen Unternehmen begünstigt zu haben, und zur Sozialhilfe sagt sie, es müsse derjenige, der arbeite, mehr Geld bekommen als derjenige, der nicht arbeite.

Merkel empfiehlt sich also als Anwältin der Marktwirtschaft, aber sie erwartet

dafür auch etwas: daß die Unternehmer nicht bei jeder Gelegenheit gemeinsame Sache mit der rot-grünen Bundesregierung machten. Im Moment laufe es doch so, schimpft die Parteivorsitzende: Da entwerfe der Bundesarbeitsminister ein ganz und gar unakzeptables Gesetz, dann mache der Bundeskanzler daraus einen halbwegs akzeptablen Vorschlag, und schließlich sage die Wirtschaft auch noch danke, daß es so schlimm nicht gekommen sei. Oder: daß die Arzneimittelhersteller dem Bund tatsächlich 400 Millionen Mark überwiesen haben, damit es keinen Preisabschlag auf Medikamente gibt' "Kuhhandel", fällt Merkel dazu nur ein - und der knappe Rat: "Lassen Sie doch die Regierung auflaufen."

Überhaupt: Da beklage die Wirtschaft, daß immer weniger junge Menschen Naturwissenschaftler werden wollten. Und dann stelle die chemische Industrie beim ersten Anflug einer Krise gleich drei Jahre lang keine



Chemiker ein. Da müsse sich doch niemand wundern, wenn die Studentenzahlen zurückgingen. Oder auch: Die Wirtschaft wolle stets weniger Bürokratie. Und dann verlange jede Branche doch wieder eine spezielle Verordnung für sich. Die 250 Anwesenden hören es und murren nicht.

Sie grummeln nicht einmal, als Merkel höhnt, es gebe in Deutschland bald mehr Betriebswirte als Betriebe. Applaus bekommt die Vorsitzende für die Spitzen gegen die SPD und ihre "Ideologie" - und Anerkennung für den Mut, wie beiläufig zu erwähnen, daß die CDU vom 22. September an selbstredend

Die Bundesvorsitzende begrüßt die Frankfurter Bundestagsabgeordnete Steinbach und den Direktkandidaten im Bundestagswahlkreis 183 Markus Frank

wieder an der Regierung sei. So selbstsicher und zupackend mögen die Unternehmer die Politiker. Da nehmen sie die Kritik gerne ein mal in Kauf.

Mit freundlicher Genehmigung von Manfred Köhler/FAZ 07.02.2002



Erika Steinbach erneut für den Bundestag nominiert

Mit deutlicher Mehrheit ist die Frankfurter CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach am 21. Januar bei einer Versammlung der Delegierten der Frankfurter CDU erneut zur Direktkandidatin im Bundestagswahlkreis 184 (östliche und westliche Stadtteile) gewählt worden. Sie bekam 151 von 164 abgegebenen gültigen Stimmen.

Auszüge aus der Rede von Frau Erika Steinbach, MdB anlässlich der Wahlkreisdelegiertenversammlung am 21.01.2002 in Bergen-Enkheim:

Mit dem geschlossenen Votum der Unionsschwestern



CDU und CSU für Edmund Stoiber ist ein Meinungsruck durch Deutschland gegangen. Wir liegen in allen Umfragen vor der SPD. Das macht dort sichtbar nervös. Mit gutem Grund:

Nach gut drei Jahren rot/grüner Regierungszeit sieht die Bilanz schlecht aus.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist bedrückend und besorgniserregend.

* 4 Millionen Arbeitslose im Januar - Tendenz steigend.

* 33 Tausend Unternehmen sind unter der SPD allein 2001 bankrott gegangen.

* In keinem anderen Industrieland ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen (fast 50%) so hoch wie in Deutschland.



Fragen an Erika Steinbach

Über welches politische Verbrechen schütteln Sie am stärksten den Kopf?

Für mich gibt es keine unterschiedliche Wertung politischer Verbrechen. Jeder Mord, jeder Genozid, jede Vertreibung und jede Verfolgung Unschuldiger ist abscheulich und läßt sich durch nichts entschuldigen oder relativieren.

Politische Heldinnen?

Die Trümmerfrauen nach dem 2. Weltkrieg, die mit ihren bloßen Händen mehr für den Aufbau unseres Vaterlandes und Europas geleistet haben, als mancher Politiker.

Die beste politische "Revolution"?

Das war die friedliche Revolution der Menschen in der DDR, die 1989 die Mauer zum Einsturz brachte.

Mit welchem Politiker aus Geschichte oder Gegenwart möchten sie auf einer einsamen Insel stranden?

Wenn ich schon auf einer einsamen Insel stranden sollte, dann am liebsten mit meinem Mann.

Mit welchem Politiker möchten sie ein gemütliches Abendessen verbringen?

Mit dem früheren estnischen Präsidenten Lennart Meri.

Die größte politische Heuchelei der Gegenwart?

Die Aussagen der SPD, mit der PDS auf Bundesebene kein Bündnis eingehen zu wollen. Der bloße Machterhaltungswille läßt Schröder, Müntefering und Co. die Ideale ihrer Großväter verraten; siehe in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen-Anhalt und zuletzt in Berlin.

Eine eigene politische Schwäche?

Bei Terminanfragen nicht oft genug nein sagen zu können.

Das größte politische Erfolgserlebnis als unmittelbares Resultat eigener Anstrengungen?

Daß es mir gelungen ist, das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen über Parteigrenzen hinweg wieder in das öffentliche Bewußtsein gerückt zu haben.

Die größte erlebte Überraschung in der Politik?

Der Fall des Eisernen Vorhangs.

Was sollte in Staat und Gesellschaft anders werden?

Mehr als bisher ist die Besinnung auf Werte erforderlich.

Ihr politisches Vorbild?

Ich bewundere die Liberalität und den Kunstver-

stand Friedrichs des Großen, die Geschicklichkeit Otto von Bismarcks und die Weitsicht Konrad Adenauers.

Ihr Motto?

Schläft ein Lied in allen Dingen, die da träumen fort und fort, und die Welt hebt an zu singen, triffst Du nur das Zauberwort.

Ihr liebster Urlaubsort im Winter?

Die eigenen vier Wände.

Ihr liebster Urlaubsort im Sommer?

Das Berchtesgardener Land, Spessart, Rhön und mein Garten.

Ein Roman, der die Menschen so zeigt, wie sie sind?

Gottfried Kellers Novelle "Kleider machen Leute".

Die schönste Romanfigur?

Daniel Defoes "Robinson Crusoe". Seine Fähigkeit in auswegloser Situation nicht zu resignieren, ist beeindruckend.

Der dümmste Spruch in der Politik?

Es gibt leider zu viele davon.

Ihre meistgeschätzte internationale Politikerin?

Königin Victoria

Liebste Beschäftigung zum Ausgleich von der Politik?

Musik und Natur

* Fünfzehn Prozent der Arbeitnehmer haben Angst um ihren Arbeitsplatz und das leider nicht ohne Grund. Viele große Unternehmen bauen Zehntausende von Stellen ab, aber auch das Handwerk wird bis Ende 2002 mehr als eine Viertelmillion Arbeitsplätze streichen - streichen müssen weil die Rahmenbedingungen ihre Existenz bedrohen.

* Die Änderungen bei den 630 DM - bzw. 325-Euro-Jobs haben unter dem Strich zusätzlich Arbeitsmöglichkeiten vernichtet, neue Bürokratie geschaffen und den Schwarzmarkt gefördert.

Die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland ist bedrohlich. Seit Konrad Adenauer und Ludwig Erhard war Deutschland die pulsierendste Wirtschaftsmacht Europas. Die rot/grüne Bundesregierung hat es in nur drei Jahren geschafft, uns zum Schlußlicht in Europa zu machen. Eine Regierung, die mittelständische Firmen knebelt und mit Abgaben belastet wie Rot/Grün das vorsätzlich tun, vergeht sich an der Zukunft unseres Landes. Auch bei der Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme hat die Bundesregierung eine Politik von der Hand in den Mund betrieben. Schon heute ist erkennbar, daß die Netze der Gesundheits- und Rentengesetzgebung reißen werden.

Verantwortliche Politik ist vorausschauende Politik. Sie muß heute erkennen, wo morgen der Schuh drückt. Dem trägt auch der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Zuwanderung in keiner Weise Rechnung. Der Titel "Zuwanderungsbegrenzungsgesetz" ist glatte Bürgertäuschung. Die Tore Deutschlands werden weiter geöffnet, ohne die Folgen zu bedenken. Es sollen neue Bleiberechte geschaffen werden.

Wir wollen eine umfassende Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung. Nicht nur Worthülsen. Damit soll gesichert werden, daß die Integrationskraft unserer freiheitlichen Gesellschaft, die Aufnahmekraft unseres Arbeitsmarktes und das Leistungsvermögen unserer Sozialsysteme gewährleistet bleiben. Die Mogelpackung der rot/grünen Bundesregierung darf so nicht durchgehen.

Die CDU versteht sich als politische Kraft, die technologischen und gesellschaftlichen Wandel gestaltet und dabei weiß, daß grundlegende Werte und Orientierungen unabdingbar nötig sind. Der Druck der Globalisierung erzwingt auch von uns Deutschen ein bewußtes Verhältnis zu einem Wertefundament und zur eigenen nationalen Identität. Ein Volk, das nicht zu sich selber steht, kann Ausländer, kann Zuwanderer kaum davon überzeugen, Deutsch zu lernen und sich positiv mit unserer Kultur vertraut zu machen.

Vierzig Jahre nach dem Mauerbau erleben wir in Deutschland einen erneuten Handschlag zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Nach Mecklenburg-Vorpommern hat nun auch Berlin ein festes rot/rotes Bündnis.

Die Enkel Kurt Schumachers, Willy Brandts und Ernst Reuters verraten die Ideale ihrer eigenen Partei. Sie verraten nicht nur die sozialdemokratischen Opfer, sondern alle, die in Bautzen und anderen Folterkammern der DDR ihr Leben oder ihre Gesundheit

lassen mußten. Die SPD legt sich mit den geistigen Henkersknechten der DDR in ein gemeinsames politisches Bett. Das ist eine Schande für diese traditionsreiche Partei. Für die vielen tausend Menschen der Montagsdemonstrationen und die aktiven Bürgerrechtler, die in der DDR mutig für die Freiheit eingetreten sind, ist diese rot/rote Umarmung ein Schlag ins Gesicht. Für unsere Demokratie insgesamt ist es ein Skandal, daß die SPD schamlos ein Bündnis mit Linksextremisten eingeht, die unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen.

Ich bin mir sicher, daß die SPD am Ende auch nicht davor zurückschrecken wird, auf Bundesebene eine Koalition mit der PDS/SED zu schließen.

Warum lernt der Bundeskanzler griechisch, wurde zu den Regierungszeiten Helmut Schmidts gefragt. Antwort: Weil der Kanzler mit seinem Latein am Ende ist. Das paßt heute wieder uneingeschränkt.

Markus Frank gibt Gas:

Mit deutlicher Mehrheit ist der Frankfurter CDU-Stadtverordnete und Handwerksmeister Markus Frank am 23. Januar bei einer Versammlung zum Direktkandidaten im Bundestagswahlkreis 183 (westliche und nordwestliche Stadtteile) gewählt worden. Gezählt wurden 163 abgegebene gültige Stimmen, von



Vorsitzender CDU Sindlingen Albrecht Fridolin und Markus Frank

Fragen an Markus Frank

Über welches politische Verbrechen schütteln Sie am stärksten den Kopf?

Ich bin bestürzt und erschüttert über den Holocaust

Politische Heldinnen?

Die Trümmerfrauen, die unser Land wieder aufgebaut haben

Die beste politische "Revolution"?

Die Deutsche Wiedervereinigung

Mit welchem Politiker aus Geschichte oder Gegenwart möchten Sie auf einer einsamen Insel stranden?

Wenn schon stranden, dann nur mit meiner Lebensgefährtin

Mit welchem Politiker möchten Sie ein gemütliches Abendessen verbringen?

Dr. Helmut Kohl

Die größte politische Heuchelei der Gegenwart?

Schröders Wahlversprechen von 1998 zur Arbeitslosigkeit

Eine eigene politische Schwäche?

Meine Bescheidenheit

Das größte politische Erfolgserlebnis als unmittelbares Resultat eigener Anstrengungen?

Initiative für ein sauberes Frankfurt am Main

Die größte erlebte Überraschung in der Politik?

Mein gutes Abschneiden bei der Kommunalwahl 2001

Was sollte in Staat und Gesellschaft anders werden?

Leistung sollte gesellschaftlich wieder höher geachtet werden

Ihr politisches Vorbild?

Edmund Stoiber, Roland Koch

Ihr Motto?

Politik für und mit den Menschen

Ihr liebster Urlaubsort im Winter?

Spitzingsee in Oberbayern

Ihr liebster Urlaubsort im Sommer?

denen Frank 145 Ja-Stimmen für sich verbuchte. Frank wäre bei erfolgreicher Kandidatur einer von sicherlich sehr wenigen selbständigen Handwerksmeistern im Deutschen Bundestag. In seiner Vorstellungsrrede warf der 32 Jahre junge Frank der rot-grünen Bundesregierung ein "vollständiges Versagen" in der Arbeitsmarkt-, Renten-, Gesundheits-, Bildungs-, Steuerpolitik vor. "Diese Liste der Versäumnisse rot-grüner Poli-

Hohwacht an der Ostsee 15. Ein Roman, der die Menschen so zeigt, wie sie sind?

Nachtflug, von Antoine de Saint-Exupéry

Die schönste Romanfigur?

Neben vielen anderen ist Rivière aus Antoine de Saint-Exupérys "Nachtflug" eine der interessanten Romanfiguren. Schon wegen seiner Maxime: "das wahre Glück liegt in der Erfüllung der Tat"

Der dümmste Spruch in der Politik?

Die Politik der "ruhigen Hand"

Ihre meistgeschätzte internationale Politikerin?

Condoleeza Rice

Liebste Beschäftigung zum Ausgleich von der Politik?

Im Stadtwald wandern und Rad fahren mit meiner Lebensgefährtin, die Natur genießen



die Union zur Gemeinsamkeit und Geschlossenheit im anstehenden Bundestagswahlkampf auf.

CDU-MdL für Brechmitteleinsatz Rhein: "SPD darf sich nicht zum Gehilfen der Dealer machen!"



Als wenig sinnvoll und gefährlich hat der Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Boris Rhein, der Mitglied des Rechtsausschusses des Landtages ist, die Forderung der Frankfurter SPD, Drogendealern Brechmittel nur noch nach deren freiwilliger Einwilligung zu verabreichen, bezeichnet.

Rhein forderte den Hessischen Justizminister auf, die Staatsanwaltschaften anzuweisen, auch weiterhin den Pflanzensaft Ipecacuanha zur Gewinnung der geschluckten Drogenbombschen als Brechmittel zu verabreichen.

Rhein sagte, die vielen Beweissicherungen durch den Einsatz von Brechmitteln seien ein Beweis für eine angemessene und konsequente Linie im Kampf gegen Drogendealer.

Rhein: "Das Verfahren, im Kampf gegen Drogendealer auch Brechmittel einzusetzen, hat sich etabliert und ist äußerst erfolgreich."

Der Vorschlag der Gesundheitspolitischen Sprecherin der Frankfurter SPD sei naiv und habe keinerlei Bezug zur Rea-

lität der Drogenkriminalität in Frankfurt, so Rhein.

Rhein: "Der Sinn der Forderung erschließt sich mir nicht. Warum soll jemand eine hohe Anzahl an Cracksteinen schlucken, um sie vor der Polizei zu verbergen, um später der Verabreichung von Brechmitteln freiwillig zuzustimmen?"

Der Vorschlag der Römer-SPD sei tatsächlich dazu geeignet, der Bekämpfung der Drogenkriminalität in der Stadt großen Schaden zuzufügen. Rhein warnte die Frankfurter Sozialdemokraten davor, sich mit weiteren solcher Aktionen zum Gehilfen der Dealer, die auf die Gesundheit und das Leben der Abhängigen keinerlei Rücksicht nehmen würden, zu machen.

Rhein: "Ich bin empört über die Leichtfertigkeit der SPD im Umgang mit diesem Thema. Die SPD spielt mit dem Feuer. Ihr Vorschlag ist brandgefährlich!"

Der Verzicht auf den Einsatz des Pflanzensaftes werde, so der CDU-Politiker, den todbringenden Dealern Auftrieb verschaffen und zu einem sprunghaften Anstieg der Opfer führen.

Boris Rhein fordert Abschiebung ausländischer Straftäter zur Strafverbüßung im Heimatland!

Der Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Boris Rhein hat darauf hingewiesen, dass gerade unter dem Gesichtspunkt der Überbelegung der hessischen Gefängnisse verstärkt die Abschiebung von ausländischen Straftätern in die Justizvollzugsanstalten ihrer Heimatländer zu betreiben sei.

Nach Aussagen des Landtagsabgeordneten ist der Anteil ausländischer Gefangener erheblich. So sei in Hessens Gefängnissen insgesamt jeder zweite Insasse Ausländer. In der Strafhaft seien es 40 %, in

der Untersuchungshaft 70 %. Diese Zahlen würden zu raschem Handeln zwingen. Dies um so mehr, da jeder besetzte Haftplatz tägliche Kosten von ca. 160,- DM und jährlich fast 60 Tsd. DM pro Gefangenen auslöse.

Selbstverständlich seien nur diejenigen ausländischen Straftäter einer Haftverbüßung im Heimatland zuzuführen, die in Deutschland nicht ihren dauerhaften Aufenthalt hätten und bei denen eine Resozialisierung nicht in Deutschland, sondern nur im jeweiligen Heimatland möglich und sinnvoll sei.

Scharf kritisierte Rhein Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin (SPD), die seit drei Jahren die Schaffung der notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen behindere. Das Thema sei bereits auf mehreren Justizministerkonferenzen behandelt und die Bundesministerin zum Handeln aufgefordert worden.

Ein nunmehr von der Bundesregierung vorgelegter Gesetzesentwurf relativiere die in internationalen Abkommen vorgesehene Regelung an vielen Stellen und beraube sie damit ihrer Wirkung, sagte Rhein.

Auch dieses Thema sei eines der zahllosen Beispiele für die Ankündigungspolitik der Bundesregierung, der keine praktikablen Taten folgten, so Rhein.

Arbeitskreis christlich-demokratischer Juristen

Prof. Dr. Thomas Pfeiffer, Vorsitzender des Frankfurter Arbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen, ist auf der Bundestagung des Arbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) in Berlin Ende 2001 in den Bundesvorstand dieses Gremiums gewählt worden. Professor Pfeiffer ist das einzige gewählte Bundesvorstandsmitglied aus Hessen. Kraft Amtes gehören dem Bundesvorstand als hessische Vertreter noch Justizminister Dr. Christean Wagner sowie

Diedrich Backhaus (Gießen) als Landesvorsitzender des Arbeitskreises an.

Interessenten an der Tätigkeit des Arbeitskreises werden gebeten, sich an der Kreisgeschäftsstelle zu melden.

Gerling: CDU bringt Krebsregistergesetz auf den Weg "SPD-Gründe für die Ablehnung sind nur vorge-schoben"



Zurückgewiesen hat der Landtagsabgeordnete Alfons Gerling die Kritik der SPD an dem Entwurf der Hessischen Landesregierung für ein Hessisches Krebsregistergesetz (HKRG). Wie Gerling erklärte wende sich die SPD gegen ein Gesetz, in dem die Verbreitung und Trendentwicklung aller Formen von Krebsarten in Hessen registriert würden. "Mit diesem Krebsregister würden die Chancen krebserkrankter Menschen verbessert, wieder geheilt zu werden. Darüber hinaus könnten erhebliche Behandlungs- und Versorgungskosten vermieden werden", sagte Gerling. Hessen werde die fortschrittlichste Regelung der Krebsregistrierung in Deutschland erhalten. Mit ihrer Meldepflicht für behandelnde Ärzte und den Vorkehrungen für fortlaufende Aktualisierung und Fortschreibung von Daten biete sie die derzeit beste

Möglichkeit einer forschungsfreundlichen, kostengünstigen und rationellen Erfassung von Daten über Krebserkrankungen bei gleichzeitiger Wahrung zentraler Datenschutzinteressen der Erkrankten.

Für geradezu vorgeschoben hält Gerling die Begründung für die Ablehnung der SPD, das Krebsregister nicht für ganz Hessen einzurichten: "Die SPD hat sich während ihrer Regierungszeit in Sachen Krebsregister durch Untätigkeit ausgezeichnet. In dieser Sache, bei der es um die Bekämpfung von Krankheiten geht, die die zweithöchste Todesrate hat, die SPD nichts bewegt". Mit der Entscheidung der jetzigen Landesregierung, das Krebsgeschehen im Regierungsbezirk Darmstadt mit seinen 3,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern abzubilden, sei den wissenschaftlichen Anforderungen an ein Krebsregister voll und ganz Genüge geleistet.

Frauen aufgepasst: Neue Veranstaltungsreihe der AG der Frauenunion "Zum Römer"

Die AG der Frauenunion "Zum Römer", geleitet von Dr. Bernadette Weyland, lädt ganz herzlich zu einer neuen Veranstaltungsreihe mit dem Thema "Familie und Beruf" ein. Beleuchtet werden sollen in drei Sitzungen:

1. die Pisa-Studie und ihre Auswirkungen
2. Ganztagschule-Ganztagsangebot
3. neue Ansätze

Die erste Veranstaltung fand am Donnerstag, den 7.02.02 in der Gaststätte "Zum Römer", Alt-Schwanheim 11 statt. Das schlechte Abschneiden deutscher 15-jähriger Schüler im internationalen Vergleich hat wohl jeden von uns betroffen



gemacht. Wenn man Kinder hat, stellt man sich die Frage, inwiefern man unserem Bildungssystem überhaupt noch trauen kann, und was wir als Eltern bei der Erziehung unserer Kinder eigentlich falsch machen? Hat man keine Kinder, muss man sich fragen, was ein niedriges Bildungsniveau für die Zukunft unseres Landes bedeutet?

Die Pisa-Studie hat uns quer durch alle Bevölkerungsschichten "kalt erwischt". Auf politischer Ebene streitet man sich bereits über die Interpretation der Pisa-Studie, und jeder hat ein anderes Konzept zur Verbesserung. Um sich eine eigene Meinung bilden zu können, ist es wichtig, dass man die Pisa-Studie kennt und sich mit ihr auseinandersetzt. Die Pisa-Studie wurde ausführlich vorgestellt und anschließend wurde darüber diskutiert. Es war ein informativer und spannender Abend für alle Beteiligten. (Übrigens sind auch interessierte Männer zu dieser Veranstaltungsreihe herzlich willkommen. Dieses Themengehen uns schließlich alle an.) Ich freue mich auf Ihr Kommen!

B. Weyland

Weitere Termine:

- Donnerstag, 7. März 2002 um 19.30 Uhr,
- Donnerstag, 11. April 2002 um 19.30 Uhr.

in der Gaststätte "Zum Römer", Alt-Schwanheim 11

LSU-Bundesmitgliederversammlung 2002 in Frankfurt

Die diesjährige Bundesmitgliederversammlung der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) findet im Oktober in Frankfurt am Main statt. Das haben jetzt die Vorstände des Verbandes homosexueller CDU- und CSU-Politiker entschieden. Beim Jahrestreffen des LSU-Regionalverbandes Süddeutschland in Würzburg am 11. Januar gab es darüber hinaus einen weiteren Entscheid pro Frankfurt. Die Beteiligten wählten das hiesige CDU-Mitglied Reinhard Thole zum LSU-Landesvorsitzenden für Hessen. Die Stammtischtreffen des Frankfurter Kreises der LSU finden weiterhin im Cafe "Petras Naomis", Bleichstraße 38a, statt, dies an jedem zweiten Donnerstag im Monat um 19.30 Uhr. Außer den Mitgliedern sind auch Interessenten und Gäste eingeladen. Ansprechpartner:

Reinhard Thole 0170-2817456 und Sebastian Nitz 0177-2460077.

Arbeitskreis Wirtschaft aktiv

Von der Hochschule für Bankwirtschaft über den Rat der Region bis zur Süwag AG: Der Arbeitskreis Wirtschaft besuchte 2001 verschiedenartige Einrichtungen, um sich ein detailliertes Bild über die Region zu machen. Das Gremium engagierte sich u.a. im Kommunalwahlkampf 2001 und unterstützte eine Aktion des Europa-Abgeordneten Thomas Mann zur Euro-Einführung zusammen mit der Jungen Union. Für 2002 hat sich der Arbeitskreis wieder spannende Themen vorgenommen.

Horst Köhler

Schmuck & Macht: Bürgermeisterket- te und Amtstracht in Frankfurt am Main

(GSt) "Wer denkt bei diesem Anblick zu allererst an Macht und Bürde? An ihr sieht die schwere Amtskette wie ein prunkvolles Schmuckstück aus, das nur dazu da ist, ihrer Trägerin festlichen Glanz zu verleihen. Keinen ihrer männlichen Vorgänger im Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Frankfurt am Main hat diese Kette so geziert wie Petra Roth, das erste direkt gewählte Stadtoberhaupt der Mainmetropole" schrieb "Die Welt" nach der Amtseinführung unserer Oberbürgermeisterin.

Seit wann besitzt Frankfurt am Main überhaupt seine Amtskette für das Stadtoberhaupt? Seit dem Mittelalter? Nein. Denn die festverwurzelte Vorstellung, die Bürgermeisterkette stamme aus dem Mittelalter, ist unzutreffend. Tatsächlich kamen, weltweit gesehen, Amtsketten erst im 19. Jahrhundert auf. Die goldenen Ketten, die man auf deutschen Herrenporträts aus der Neuzeit sieht, waren Gnadenketten, von Fürsten geschenkt, die im Amt nicht getragen wurden. Im Mittelalter gehörten hingegen zu städtischen Insignien Zepter oder Amtsstäbe, die entweder selbst getragen oder vorangetragen wurden - wie noch in unserer Zeit die Pedelle mit den Zeptern vor den Universitätsrektoren schritten.

Die auch bei Schultheißen der Reichsstädte zu sehenden Gnadenketten werden fälschlich als Beleg für mittelalterliche Amtsketten angesehen. Als prominentes Beispiel gilt Goethes Großvater, Dr. Johann Wolfgang Textor. Er kriegte aber seine Gnadenkette zusammen mit anderen Ratsherren in Erwiderung der vom Frankfurter Magistrat dem Kaiser 1745 überreichten Geschenke, also bereits

zwei Jahre vor seiner Ernennung zum Frankfurter Schultheißen.

In der Neuzeit wandelte sich die Spanische Tracht aus einer Mode vornehmer Männer zur Amtskleidung bei Ratsherren deutscher Städte, als sie den Modewechsel nicht vollzog. Irgendwann entstand aber aus dem Unterschied zur normalen Kleidung ein Anachronismus, der



nicht mehr akzeptiert wurde. Die Spanische Tracht der Ratsherren stand hier zu Beginn des 19. Jahrhunderts in einer kritischen Diskussion; ein hiesiger Autor beschrieb sie als "schwarzes Kleid, kurzer spanischer Mantel und Degen; an dem Hals ein weißer Umschlag, gewöhnliche Spitzen mit zwei kleinen Quasten von Zahlperlen".

Jedoch blieb der Wunsch nach Kennzeichen für die kommunalen Spitzenpoliti-

ker bestehen. Die Freie Stadt Frankfurt am Main führte 1814 eine Amtstracht für die Bürgermeister und die Senatoren ein, die neben Kleidungsstücken aus einem Degen bestand. 1866 annektierte Preußen den Stadtstaat Frankfurt. Eine Karikatur des Oberbürgermeisters Dr. Johannes von Miquel aus dem Jahr 1888 zeigt ihn mit großem, fiktivem Brustschild



und belegt damit, wie notwendig damals ein Erkennungszeichen für dieses Amt war.

Gemäß der Stein'schen Städteordnung von 1808 durften in Preußen unter anderem Oberbürgermeister goldene Ketten tragen. Verhältnismäßig spät erhielt der Frankfurter Oberbürgermeister eine Amtskette; es ist diejenige, die jetzt Oberbürgermeisterin Petra Roth trägt. 1901 verlieh Wilhelm II.

als preußischer König dem Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Franz Adickes das Recht, eine goldene Amtskette zu tragen. Frankfurt wünschte sich dafür eine besondere Gestalt. Ein Entwurf zur Kette fand "den Allerhöchsten Beifall nicht". Erst den dritten Entwurf akzeptierte der Kaiser. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung stifteten 1903 die Kette aus 18karätigem Gold mit 18 Gliedern, der Frankfurter Adler im Wechsel zwischen den Reichskleinodien und Emblemen des Handels, vorn ein Bild Wilhelms II., daran sein mit Edelsteinen geschmücktes Wappen. Der nächste Oberbürgermeister, Dr. Georg Voigt, mußte wieder bei Wilhelm II. um die Erlaubnis bitten, die Amtskette anlegen zu dürfen.

Nach der "Machtergreifung" der Nationalsozialisten tauschte man das Mittelstück provisorisch gegen ein Messingemblem aus und 1938 gegen ein Hakenkreuz aus Elfenbein. Bei Kriegsende fiel die Kette amerikanischen Truppen in die Hände; die Amerikaner gaben sie der Stadt zurück mit der Auflage, das Hakenkreuz zu entfernen. Angefertigt wurde nun ein in Gold gefaßtes Medaillon aus Elfenbein mit der Silhouette des Römers. Daran hängt ein Wappenschild mit dem Frankfurter Adler in den Farben Weiß-Rot. Später kam für den Bürgermeister eine silberne Amtskette hinzu. Nur Oberbürgermeisterin Petra Roth selbst, kein Stellvertreter, darf sich in ihrem Amt mit der goldenen Prachtkette schmücken.

Das Buch zum Thema: Gunter Stemmler: Die Amtskette des Bürgermeisters.

Ihre Geschichte sowie ihre historische Einordnung in Deutschland, Frankfurt u.a. 2002. ISBN: 3-631-39006-8.

F ü r S i e g e l e s e n :

Roland Koch: Gemeinsam Chancen nutzen.

Roland Koch hat das politische Ziel, daß der Einzelne sich sein Glück suchen kann, um damit gleichzeitig die Gesellschaft voranzubringen. Wie setzt er dies in seinem neuesten Buch um? "Ein Großteil beschäftigt sich immer wieder mit wirtschaftspolitischen Themen", charakterisierte eine Frankfurter Zeitung das Werk. Es besteht aus 28 Reden von 1999 bis 2001. Sie dokumentieren die ersten drei Amtsjahre des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch. Insgesamt zeigen sie das Spektrum der Anforderungen, die er täglich bewältigt.

Die Kommunikation steht im Zentrum des politischen Handelns. Mit der Rede kann der Politiker seine Ziele mitteilen, konkrete Politik umzusetzen und Menschen für sich begeistern. Das gelingt Roland Koch meisterhaft. Er schafft es in einer klaren Sprache, den Menschen eine Perspektive für ihre Zukunft aufzuzeigen. Kochs Reden machen Mut, Möglichkeiten zu schaffen und miteinander zu nutzen.

Zu Beginn jeder Rede befindet sich ein kurzer Text zur Erläuterung, der eine persönliche Reflexion des Autors wiedergibt, was sehr hilfreich zum Verständnis der Rede ist. Roland Koch belegt hier eindrucksvoll die "Chancen für das Unternehmen Hessen". Das Buch, auch mit Selbstironie versehen, ist besonders für den aufmerksamen Leser ein großer Gewinn.

Reden und Aufsätze des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, Societäts-Verlag Frankfurt am Main 2001. ISBN: 3-7973-0793-4, 14,80 EURO

Roland Koch Gemeinsam Chancen nutzen

Reden und Aufsätze
des Hessischen
Ministerpräsidenten
Roland Koch



02.03.2002
Kreisparteitag
9.30 Uhr



Kreisparteitag der Frankfurter CDU mit allgemeinen Vorstands- und Delegiertenwahlen, Bürgerhaus Bornheim, Arnsburger Straße 24.

03.03.2002
Frühlings- u. Ostermarkt
14.00 Uhr

Frühlings- und Ostermarkt der CDU Nied, Dreifaltigkeitsgemeinde Nied.



09.03.2002
Evangelischer Arbeitskreis:



Frankfurter Disputation 10:00 Uhr
Spener-Haus, bei Interesse bitte Einladungen über Frau Welker anfordern

18.03.2002
Petra Roth zieht Bilanz
(s. Seite 15)

16.06.2002
Bundesparteitag der CDU in Frankfurt am Main
9.00 Uhr

Vorankündigung: Bundesparteitag der CDU in Frankfurt am Main, 16.-18. Juni 2002. Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben.

Senioren-Union



im Haus Ronneburg

05.03.2002
Planung und Verkehr
15.00 Uhr

Zum Thema "Planung und Verkehr in der Innenstadt" spricht Dr. Johannes Theißen

bei der CDU Senioren-Union, Haus Ronneburg, Gelnhäuser Straße 2.

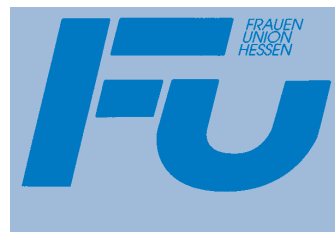
09.04.2002
Die Zehn Gebote
15.00 Uhr

Pfarrer Christoph Warnke, Mitglied des Landesvorstandes im Evangelischen Arbeitskreis der CDU, spricht zum Thema: Die zehn Gebote als Richtlinien für die Politik, Haus Ronneburg, Gelnhäuser Straße 2. Eine Veranstaltung der Senioren Union.

07.05.2002
Das neue China
15.00 Uhr

Lichtbildvortrag von Thomas Kirchner, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Ortsbeirat 1, Haus Ronneburg, Gelnhäuser Straße 2. Eine Veranstaltung der Senioren Union.

14. - 18.05.2002
Studienfahrt ins Elsass
mit Besuch des Europäischen Parlamentes



FU-Arbeitskreis
Frauen in Familie und Beruf

Treffen an jedem 4. Montag im Monat, Römer, 19.00 Uhr:

18.03.2002
Raum 350

Dr. Sieglinde Hartmann
Mediävistin

"Erfahrungsaustausch"

Eine Karriere zwischen Universität und wissenschaftlicher Ehrenamtlichkeit

22.04.2002
Raum 348

Monika Schäfer
Grundschullehrerin

"Eine Grundschule ohne Deutsche?"

Erfahrungen an einer Frankfurter Grundschule

27.05.2002
Raum 348

Dominique Chapuis
Malerin

"Erfahrungsaustausch"

Der Weg einer Künstlerin

Stammtische

Stadtbezirksverband Nordweststadt-Niederursel

Jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr politischer Stammtisch im „Lahmen Esel“, Krautgartenweg 1.

CDU-Ginnheim

Jeden zweiten Dienstag im Monat, 20.00 Uhr,

12.03.2002

09.04.2002

14.05.2002

Politischer Stammtisch in der Gaststätte des TSV Ginnheim, Am Mühlgraben 2

CDU Eschersheim

Jeden ersten Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Gesprächskreis, Gaststätte Zum Auerhahn, Eschersheimer Landstr 418

CDU Fechenheim

Jeden ersten Freitag eines Monats, 20.00 Uhr, Stammtisch, Bootshaus Fechenheim, Fechenheimer Leinpfad (Endhaltestelle Linie 11)

Die CDU-Fraktion informiert:

Becker in Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung zum Flughafenausbau:



Der Ausbau des Flughafens ist ein Notwendigkeit, um die Zukunftssicherheit der Rhein-Main-Region zu garantieren. Becker forderte die politischen Gegner auf, das ernsthafte Thema endlich auch sachgerecht zu diskutieren.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Uwe Becker, bedauerte es, dass so ein wichtiges Thema wie der Flughafenausbau nicht sachlich in den entsprechenden

Ausschüssen diskutiert wird, sondern medienwirksam in einer reinen Show-Veranstaltung zu einer Farce verkommt. In seiner Rede am 25. Januar im Frankfurter Plenum machte Becker deutlich, dass die Belastungen für die Region im Verhältnis zu der Zukunftssicherheit miteinander abgewogen werden müssen: "Wir kommen zu dem Schluß, dass trotz aller Schwierigkeiten der Flughafenausbau für die Rhein-Main-Region wichtig und notwendig ist."

Trotz der Terroranschläge im September des letzten Jahres werde der Flugverkehr langfristig wachsen. Die Politik müsse deshalb die verbindlichen Antworten auf die damit verbundenen Herausforderungen geben. Es gelte, das Luftdrehkreuz Frankfurt auch für die Zukunft zu sichern. "Verliert der Frankfurter Flughafen an Bedeutung verlieren viele Menschen



Fotos Fraport

ihren Arbeitsplatz" prognostizierte Becker. Die CDU werde den Anspruch der Menschen ernst nehmen, in der Region Arbeit und ein Zuhause zu finden.

Gleichzeitig stellte der CDU-Fraktionsvorsitzende fest, dass sich die Frankfurter SPD in Richtung der Ausbaugesegner bewege. "Nur mit den Stimmen einiger SPD-Verordneter ist diese Veranstaltung überhaupt erst zustande gekommen", sagte Becker. Auch den Forderungen nach einem Nachtflugverbot ohne Ausbau, die aus Reihen der SPD in letzter Zeit laut wurden, erteilte Becker eine klare Absage. "Wir wollen das ganze Paket: Flughafenausbau und Nachtflugverbot", erklärte Becker.

Abschließend stellte er fest, dass "nur CDU und FDP in Frankfurt eine klare Position für den Flughafenausbau besitzen."

Uwe Becker:
"Stoiber ist hervorragender Kanzler(kandidat)"

Der Vorsitzende der CDU Fraktion Frankfurt am Main, Uwe Becker, hat die Nominierung von Edmund Stoiber zum Kanzlerkandidaten von CDU und CSU für die Bundestagswahl 2002 ausdrücklich begrüßt. "Stoiber ist ein hervorragender Kanzlerkandidat und er wird mit Sicherheit ein hervorragender Bundeskanzler", so Becker. "Stoiber steht für eine zukunftsgerichtete Politik mit klarem Wertebewußtsein und überzeugt durch seine konturenscharfen Standpunkte, mit denen er die Union zum Erfolg führen wird".

Als erfolgreicher Ministerpräsident hat Stoiber "seine Wirtschafts- und finanzpoliti-



sche Kompetenz in den letzten Jahren unter Beweis gestellt und Bayern in vielen Bereichen zu einem Musterland ausgebaut. In gleicher Weise wird er auch die lahme Bundespolitik der derzeitigen rot-grünen Schröder-Regierung wieder in Schwung bringen und so die Konjunktur in der Bundesrepublik wieder ankurbeln", so Becker weiter.

Im Gegensatz zur "Politik der faulen Hand" von Bundeskanzler Gerhard Schröder steht Stoiber für eine "Politik des Anpackens". In Bereichen wie etwa der Inneren Sicherheit habe Bayern unter Edmund Stoiber schon maßgeblichen Einfluss auf die Innenpolitik der derzeitigen Bundesregierung ausgeübt. Auch in der Familien- und Sozialpolitik hat Stoiber bisher vorbildliche Arbeit geleistet und "wird diese nach einer erfolgreichen Bundestagswahl auch im Bund fortführen".

Becker dankte gleichzeitig der CDU-Parteivorsitzenden Angela Merkel, die "zum richtigen Zeitpunkt mit einem weisen Schritt Größe gezeigt hat und im Interesse eines erfolgreichen Wahlkampfes der gesamten Union Edmund Stoiber als Kanzlerkandidaten vorgeschlagen hat".

Anpassung und Ablehnung Frankfurter Kommunalpolitiker des Zentrums 1933

Wie gingen die Nationalsozialisten mit Kommunalpolitikern des Zentrums im Jahr 1933 um, als sie die Stadtverordnetenversammlung widerrechtlich auflösten? Und wie reagierte das Zentrum?

Weltanschaulich lehnten in Deutschland die Katholische Kirche und das Zentrum bis 1933 grundsätzlich die NS-Ideologie ab. Nach der "Machtergreifung" folgte aber eine Appeasement-Politik, in Ansätzen eine Anbiederung, die jedoch bald auf-



Dr. phil. Heinrich Scharp, Zentrum, Chefredakteur der Rhein-Mainischen Volkszeitung, Stadtverordneter 1929-1933

grund von Verfolgungen wieder zur früheren Gegnerschaft führte. Ein entschiedener Widerstand wurde allgemein von ihnen nicht geleistet.

In Frankfurt am Main war die Situation individuell verschieden: Der hauptamtliche Stadtrat Dr. August Lingnau, 1928 gewählt, blieb bis 1946 im Amt. Er trat nicht der NSDAP bei, was Spannungen ergab. Am Kriegsende widerstand er dem Befehl der Selbstzerstörung der Stadtwerke; den Nazi-Schergen, die ihn erschießen sollten, konnte er entgehen. Else Alken war eine der ersten ehrenamtlichen Stadträtinnen Frankfurts. Sie war eine getaufte Jüdin. Die Nazis suspendierten sie 1933 von ihrem Amt. Im September 1942 wurde sie in das KZ Theresienstadt mit einem Viehwagen deportiert. Dort starb sie Weihnachten 1943. Zum Gedächtnis ist eine Straße nach ihr benannt.

Im Februar 1933 löste Hermann Göring vorzeitig alle Kommunalparlamente auf. Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung beschloß in zwei Anträgen, gegen diesen Rechtsbruch zu klagen. Dem Antrag der SPD stimmte das Zentrum zu, den der KPD lehnte es ab. Dann wurde im März 1933 eine neue Stadtverordnetenversammlung gewählt, die unter dem mas-

siven Druck der Nazis litt. Viele Mitglieder wurden brutal verfolgt.

Die Nazis verhafteten vom Zentrum Dr. Heinrich Scharp, ließen ihn aber bald wieder frei. Er war später ein Verfolger des SED-Staates. Severin Nelles gehörte zu den Beamten und städtischen Mitarbeitern, die aufgrund ihres Berufs von den Nazis aus ihrem Mandat per Willkürgesetz vertrieben wurden. Die Rektorin Christine Lill wurde zudem aus ihrem Beruf sukzessive verdrängt. Die Gestapo verhaftete sie, und beinahe wäre sie ins KZ gekommen. Sie erkrankte schwer und starb 1945. Philipp Jäger, obwohl Lehrer, durfte noch am 3. Oktober 1933 in die Stadtverordnetenversammlung nachrücken. Dabei galt er als "einer der übelsten Hetzer gegen den Nationalsozialismus". Andererseits gab es Lokalpolitiker wie den ehrenamtlichen Stadtrat Leo Zugehoer, der noch 1935 seine ehrenamtliche Mitarbeit in der Stadtverwaltung ausdrücklich dem Nazi-Oberbürgermeister anbot.

Sieben der zehn Fraktionsmitglieder werden sich wenige Tage, bevor sich das Zentrum Deutschland selbst auflöste, wohl als Hospitanten bei der NSDAP-Fraktion beworben haben, so die Zeitung "Germania" am 1. Juli. Da diese Meldung einen Fehler bei der Amtsniederlage eines Mitglieds enthält, stellt sich die Frage, ob diese Aussage zutrifft. Von der Zentrums-Führung in Berlin hatte es wenige Tage später geheißen, daß die jeweiligen Fraktionen nicht geschlossen als Hospitanten der NSDAP-Fraktionen beitreten sollten. Noch im Oktober werden die Stadtverordneten des Zentrums als solche stadintern aufgelistet. Das Zentrum löste sich am 5. Juli selbst auf; ab dem 14. Juli waren in Deutschland alle Parteien außer der NSDAP verboten.

Dr. Gunter Stemmler M.A.

Pressearbeit der Fraktion

Markus Frank: Wann wird endlich der Sperrmüll-Sofort-Service eingeführt?

Als enttäuschend hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Markus Frank, die zögerliche Haltung von Umweltdezernentin Ebeling in Sachen Sperrmüll-Sofort-Service bezeichnet. "Es kann ja wohl nicht sein, dass immer noch kein Ergebnis vorliegt, obwohl wir den Service bereits vor acht Monaten beantragt haben", kommentierte Frank heute in Frankfurt. Der Anfang Januar vorgelegte Zwischenbericht sei in keinster Weise überzeugend.

Um die Stadt sauberer zu halten und illegale Sperrmülldeponien an Straßenrändern zu verhindern, sei der kostenpflichtige Sperrmüll-Sofort-Service eine wichtige Ergänzung. Dieser würde innerhalb von 24 oder 48 Stunden den Sperrmüll gegen eine besonderes Entgelt abgeholt. Bisher sei es so gewesen, dass er etwa zehn Tage zuvor bei der FES angemeldet werden mußte. Bei kurzfristiger Disposition des Anmelders (z.B. Aus- oder Umzug) sei diese Zeitspanne oft zu kurz. Damit wachse die Gefahr, dass Sperrmüll zu früh auf die Straße gestellt wird. "Unser Antrag auf Einführung des Sofort-Services ist eine notwendige Ergänzung der kostenfreien Sperrmüllabholung durch die FES", sagte Frank. Die Stadt Frankfurt und die Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH können sich so als Dienstleister beweisen.

Das Argument von Stadträtin Ebeling gegen eine schnelle Einführung des-

Sofort-Services überzeuge nicht. Sie behauptete, dass für die Abwicklung eine Änderung der kommunalen Abfallgebührenordnung notwendig sei. "Diese Begründung ist nicht nachzuvollziehen, da das zusätzliche Entgelt nicht für die Entsorgung, sondern lediglich für die sofortige Abholung erhoben wird" entgegnete Frank. Damit seien zusätzlich entstehende Transport- und Zeitkosten der FES abgedeckt.

Die Erprobung des Services müsse schnellstmöglich starten. Als Termin schlug Frank den 13. Februar vor. An diesem Termin beginne auch das ordnungsrechtliche Vorgehen gegen Schmutzfinken, die ihren Müll unrechtmäßig am Straßenrand entsorgen. "Damit machen wir einen entscheidenden Schritt weiter, hin zu einem sauberen Frankfurt", schloß Frank.

Neuer Pressesprecher der Fraktion Alexander Zell

Nach dem Abitur habe ich mich für zwölf Jahre als Zeit-



offizier bei der Bundeswehr verpflichtet. Nach meinem Studium der Staats- und Sozialwissenschaften war ich von Ende 1997 bis Anfang 2001 Leiter des Büros für

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr in Frankfurt. Zu meinen Hauptaufgaben gehörte es, Verständnis und Vertrauen in die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufzubauen. Gerade in Zeiten des Kosovo-Krieges gab es bei Seminar- und Vortragsveranstaltungen angesichts der interpretierbaren Rechtslage enormen Informationsbedarf.

Als Leiter Unternehmenskommunikation habe ich 2001 die PR-Abteilung eines IT-Konzerns in Mainz aufgebaut. In der internen wie externen Kommunikation war ich verantwortlich für die Positionierung, Darstellung und Repräsentanz des Unternehmens. Zu meinen Tätigkeiten gehörten außerdem Konzept und Redaktion des Internet- sowie Intranetangebots.

Internet-Adressen zur Politik

www.frankfurt.de
(und dort über Rathaus und Politik zu Parlis 2000, wo Anträge etc. der Stadtverordnetenversammlung zu finden sind)
www.paperazzi.de
www.newsclub.de
www.paperball.de
www.t-online.de
www.faz.de
www.fnp.de
www.fr-aktuell.de
www.bild.de
www.taz.de
www.rheinischer-merkur.de
www.welt.de
www.sueddeutsche.de
www.focus.d
www.zdf.de
www.hr-online.de
www.n-tv.de
www.nzz.ch
www.krone.at
www.kurier.at
www.cnn.com
www.bbc.co.uk
www.usnews.com

www.newsweek.com
www.time.com
www.times.com
www.thetimes.co.uk
www.lemonde.fr
www.nouvelobs.com
www.lefigaro.com
www.elpais.es
www.corriere.it
www.ftd.de
www.wsj.com
www.bundestag.de
www.bundesrat.de
www.bundeskanzler.de
www.bundesregierung.de
www.bundespraesident.de
www.stk.hessen.de
www.hmdi.hessen.de
www.bayern.de
www.baden-wuerttemberg.de
www.sachsen.de
www.thueringen.de
www.hamburg.de
www.bremen.de
www.cdu.de
www.hess-staedtetag.de
www.difu.de

www.kas.de
www.fes.de
www.hss.de
www.fnst.de
www.boell.de
www.ddb.de
www.stub.uni-frankfurt.de
www.museumsbibliotheken.frankfurt.de
www.ubka.uni-karlsruhe.de/kvk.html
www.foyles.co.uk
www.amazon.com
www.vlb.de
www.encarta.com
www.xipolis.net
www.brockhaus.de
www.weltchronik.de
www.britannica.com
www.geschi.de
www.historychannel.com
www.wissenschaft.de
www.oevp.at
www.spoe.at
www.parliament.uk
www.labour.org.uk
www.conservatives.com
www.rnc.org
www.democrats.org

Zum Tode von Dr. med. Hans Burggraf

Am 14. Januar diesen Jahres ist der ehemalige Landtagsabgeordnete Dr. med. Hans Burggraf zu Grabe getragen worden. Er war am 31. Dezember 2001 nach schwerer Krankheit im Alter von 74 Jahren gestorben. Seit 1957 CDU-Mitglied war er von 1977 bis 1991 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Er gehörte von 1982 bis 1983 und von 1991 bis 1999 dem Hessischen Landtag an. In den Legislaturperioden 1991 und 1995 war er Alterspräsident des Landtages.

Seine politische Heimat hatte Dr. Burggraf in der CDU Dornbusch, deren Vorsitzender er von 1979 bis 2001 war. Dort haben ihn die Bürgerinnen und Bürger als entschlossenen Streiter für seinen Stadtteil erlebt.

In mehr als 30 Jahren hat sich Dr. Burggraf für die Interessen des Mittelstandes eingesetzt. Als Landesvorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung von 1975 bis 1991 war er ein überzeugter Verfechter einer mittelstandsfreundlichen Politik in Hessen und auf Bundesebene.

Die CDU Frankfurt am Main gedenkt seiner mit großem Respekt und Dankbarkeit.

Becker: CDU-Fraktion begrüßt Engagement der Wirtschaft für die Rhein-Main-Region "Gemeinsam anpacken, gemeinsam erfolgreich die Region voranbringen"

Als eine der wirtschaftlich stärksten und dynamischsten Regionen in Europa muss Frankfurt/Rhein-Main seine gegenwärtige Stellung als attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum festigen und weiter ausbauen. "Wir sind als CDU-Fraktion bereit, für die neuen Herausforderungen auch neue kommunalpolitische Rahmenbedingungen zu schaffen", sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Becker heute in Frankfurt. In diesem Zusammenhang stellte er Themen wie die überregionale Infrastruktur, das kulturelle Angebot, die Stärkung des Bildungsangebots, den Flughafen ausbau und die Olympiabewerbung beispielhaft hervor, die er als Motor der regionalen Zusammenarbeit bezeichnete.

Becker reagierte damit auf die gestrige Auftaktveranstaltung der "Metropolitana", bei der hochrangige Wirtschaftsvertreter aus der Metropolregion ein Image-Konzept für Rhein-Main vorgestellt hatten. "Wir begrüßen das Engagement der Wirtschaft für die Region und wollen gemeinsam mit der Wirtschaft alles Mögliche tun, um den Menschen die Attraktivität und Vitalität von Frankfurt/Rhein-Main deutlich zu machen und die Rahmenbedingungen für Leben und Arbeiten in der Region weiter zu verbessern. Ziel ist es, dass sich die Menschen in der Rhein-Main-Region wohl fühlen, hier gerne leben, wohnen und arbeiten und Rhein-Main für inländische wie ausländische Investoren noch attraktiver wird."

Mit dem Konzept der "Metropolitana", verknüpfe Becker auch die Chance, die vielen Standortvorteile der Region deutlicher noch als bisher auch international darzustellen. Die Palette reiche dabei von den guten Verdienstmöglichkeiten, den Rekrutierungschancen von qualifiziertem Fachpersonal bis hin zu den kulturellen Höhepunkten, die Frankfurt und die

Region anbieten.

Becker lobte nachdrücklich das Bekenntnis der Wirtschaft für die Region und damit auch für den Wirtschafts- und Finanzstandort Frankfurt. "Es ist ein wichtiges Signal, wenn sich Vertreter führender deutscher Unternehmen in Zeiten wachsender internationaler Verflechtungen klar für Frankfurt und die Rhein-Main-Region engagieren."

Becker ist überzeugt, dass Frankfurt/Rhein-Main auch Vorbild für andere Regionen in Deutschland und Europa sein wird. "Europa wächst zusammen, das sieht man vor allem an der Währungsunion und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Wir müssen uns dieser europäischen Herausforderung stellen. Stillstand würde auch hier Rückschritt bedeuten."

Heuser erteilt dem Vorschlag von Stadtplaner Speer eine klare Absage

"Da die Berliner Straße eine Hauptschlagader des Ost-West-Verkehrs ist, führt der Umbau in eine Flaniermeile zu einem Verkehrsinfarkt." Mit diesen Worten reagierte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Helmut Heuser, auf die Forderungen des Stadtplaners Albert Speer nach einer Sperrung der Berliner Straße für den Durchgangsverkehr.

Gleichzeitig forderte Heuser ein langfristiges Konzept für die Verkehrsentwicklung im Bereich der Frankfurter Innenstadt. "Es kann nicht sein, dass irgendwelche Einzelmaßnahmen zuerst durchgeführt werden und man sich dann Gedanken um einen ganzheitlichen Planungsansatz macht." Wie bei einem Puzzle ergebe erst die richtige und vollständige Zusammensetzung der Einzelteile ein sinnvolles Ganzes.

"Die Umgestaltung Hauptwache und Kulturmeile Braubachstraße sowie Änderungen im Gebiet der Zeil (Am-

merschläger-Gebäude, Telekom-Gelände) als Beispiele haben Auswirkungen auf den Verkehr und müssen ebenfalls in einer abgestimmten Planung berücksichtigt werden", sagte Heuser. Die Fortschreibung des Generalverkehrsplans sei hierbei das richtige Instrument. Damit könne eine vernünftige und alle Faktoren berücksichtigende Verkehrszukunft für Frankfurt entwickelt werden. Und dann klappe es auch mit dem Puzzle.

Die zusätzlich ins Gespräch gebrachte Untertunnelung der Berliner Straße sei eine ähnlich interessante Alternative wie der früher von der CDU-Fraktion geforderte Tunnel am nördlichen Mainufer. Zu gegebener Zeit sei sie intensiv zu prüfen. Auf der anderen Seite könne es aber nicht angehen, dass ein so unverzichtbares Projekt wie der Alleentunnel auf den "St. Nimmerleinstag" verschoben würde und ein neues Projekt, von dessen Notwendigkeit man erst noch überzeugt werden müsse, favorisiert werde.

Anträge und Anfragen

(nachstehend berichten wir über eine Auswahl aus den bisher über 150 Anträgen und Anfragen der CDU-Fraktion in dieser Legislaturperiode)

"Brandhaus"

(15/144) Die Berufsfeuerwehr, die Freiwilligen Feuerwehren und die Hilfsorganisationen benötigen ein Übungshaus, in dem sie unter realistischen Bedingungen trainieren können. Markus Frank, Dr. Ilias Galanos, Günther Quirin, Bernhard Mertens, Thomas Rätzke und Peter Wagner erkundigen sich nach dem Sachstand und den Perspektiven für den Bau dieses "Brandhauses".

Sicherheit in Taxis

Nach Übergriffen angeblicher Taxifahrer auf ihre Fahrgäste schlugen Robert Lange, Thomas Rätzke und Peter Wagner vor, neuen Taxis ein spezielles Kennzeichen zu geben. Unter "F-TX" wären Gäste und Taxi-Unternehmen vor Mißbrauch geschützt, das Vertrauen in die Frankfurter Taxis würde steigen.

Konzept für Büchereien

(15/147) In den Stadtteilen sind Büchereien ein wichtiges Angebot für die Allgemeinbildung der Frankfurterinnen und Frankfurter, insbesondere der Kinder und Jugendlicher. Der Arbeitskreis Kultur bittet den Magistrat um ein Konzept, wie bei gleichem Mitteleinsatz ein attraktives Bücherangebot gewährleistet werden kann.

Grundsicherungsgesetz

(15/145) Grundsicherung und Rente werden mit der Rentenreform 2001 ab nächstem Jahr getrennt sein. Der Magistrat wird gefragt, wie die Auswirkungen für die Stadt Frankfurt sein werden. Antragsteller: Hildegard Burkert, Heinz Daum

Internetauftritt der Stadt Frankfurt am Main

(15/130) Stephan Siegler fordert den Magistrat auf, die kommunalen Verordnungen und Satzungen auf den Internetseiten der Stadt Frankfurt am Main aufzunehmen.

Familienfreundliche Parkplätze

(15/131) Eltern+Kind-Parkplätze sind notwendig, weil der Platz in Parkhäusern zumeist nicht ausreicht, um Kleinkinder gefahrlos aus dem Auto zu nehmen oder sie hineinzuhoben. Kinder-

wagen und Zubehör können kaum abgestellt werden. Der Magistrat soll mit der Parkhaus-Betriebsgesellschaft solche Parkplätze schaffen.

Antragsteller: Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, Annerose Bender, Hildegard Burkert, Sybill Cornelia Meister, Marcus Scholz

City-Management

(15/129) Die "Solitärstellung" traditioneller Veranstaltungen in der Frankfurter Innenstadt soll gesichert werden. Gerd Riechemeier und Stephan Siegler fordern den

Magistrat auf, ein "City-Management" einzurichten. Veranstaltungen sind besser zu koordinieren, die Wünsche der Besucher, Anwohnern und Gewerbetreibende aufeinander abzustimmen.

Radweg zwischen Grafen- und Miendorffstraße

(15/125) Der Magistrat wird aufgefordert, eine neue Planung für diesen Teilabschnitt vorzulegen, damit noch im Jahre 2002 mit der Realisierung dieser Radwege-

verbindung begonnen werden kann. Durch den Neubau der Anne-Frank-Schule ist der vorgesehene Radweg nicht mehr realisierbar. Die Antragsteller Helmut Heuser, Herbert Kasper und Robert Lange schlagen als Lösung eine Neuplanung auf der Basis der Anfang 90er Jahre untersuchten Alternativen vor.

Grundschulen

(15/139) Die Grenzen bei den Schulbezirken müssen zeitgemäßer werden und die Wahlfreiheit der Eltern, auf

EINLADUNG

Leistungsbilanz Petra Roth

Erinnern Sie sich an die Oberbürgermeister-Direktwahl 2001?

Im Wahlkampf verteilte Petra Roth „Eintrittskarten in die Zukunft“. Für den Fall ihrer Wiederwahl wollte die Oberbürgermeisterin schon frühzeitig einladen, um ein Jahr später gemeinsam mit den Frankfurter Bürgern und Vertretern des Magistrats Bilanz zu ziehen.

Jetzt ist es soweit.

Oberbürgermeisterin Petra Roth lädt Sie herzlich ein:

**Montag, den 18. März 2002,
19:00 Uhr in das
Bürgerhaus Bornheim,
Arnsburger Straße 24, Frankfurt am Main**

Eine Frau bewegt Frankfurt. Petra Roth.

